

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

16.03.2022

Inhalt

EWN

1 MV greift in die Rücklagen <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 16.03.2022</i>	3
2 Was nun, Herr Sellering? Krisengipfel zur Klimaschutzstiftung <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 16.03.2022</i>	4
3 Söder baut auf Kernkraft und auf neue Allianzen <i>Süddeutsche Zeitung, 16.03.2022</i>	5

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 16.03.2022 | S. 01-SSN SEITE 1

📄 Auflage: 19.166 | Reichweite: 37.417

👤 Max Stefan Koslik

MV greift in die Rücklagen

Das Kabinett beschließt Doppelhaushalt / Nicht nur Corona belastet den Etat 2022/23

Mecklenburg-Vorpommern will in Zukunftsbranchen investieren, die Personalausgaben steigen und die Corona-Schulden von fast drei Milliarden Euro müssen getilgt werden. Eine Herkulesaufgabe. Gestern beschloss das Kabinett den neuen Doppelhaushalt.

Finanzminister Heiko Geue (SPD) umreißt das Ziel: „Wir wollen das Land in Richtung Aufbruch 2030 bringen. Die großen Chancen bestehen für uns im Aufbau einer klimaneutralen Wirtschaft, bei der Digitalisierung müssen wir vorankommen, auch bei der Verwaltungsmodernisierung.“

Aber es gibt auch Risiken. Die Ausgaben für Investitionen steigen gegenüber dem Vorjahr im Gesamthaushalt von fast 9 Milliarden Euro um 354 Millionen Euro, die Personalausgaben um 196 Millionen, die Sozialleistungen u.a. für die kostenfreie Kita um 203 Millionen Euro. 120 Millionen Euro werden für den Klimaschutz und die Hoffnungen in die Wasserstoffwirtschaft zurückgelegt. Hinzu kommt, dass das Kabinett gestern zusätzlich ein Vorsorgepaket für die hiesigen Folgen des Krieges in der Ukraine auflegte.

In der Summe muss allein im laufenden Jahr ein Finanzierungssaldo von nahezu einer halben Milliarde Euro neben dem Haushalt ausgeglichen werden. Das will Finanzminister Geue vor allem aus Rücklagen vorheriger Haushalte speisen und ab 2023 auch von den Ministerien einsparen lassen. 150 Millionen Euro, die noch nicht konkretisiert sind. Zugleich konstatiert der Kabinettsentwurf weitere „erhebliche Risiken“, die sich aus den unabsehbaren Entwicklungen der Corona-Pandemie sowie dem Ukraine-Krieg ergeben.

Der Finanzierungssaldo wird sich auch in den nächsten Jahren nicht verringern. Ab 2025 muss für die nächsten 20 Jahre der Kredit für den Corona-Schutzfonds von 2,85 Milliarden Euro aus dem Jahr 2020 mit jährlich 142,5 Millionen Euro getilgt werden. Dennoch soll es bei den zugesagten Investitionen bleiben, wie dem

- Breitbandausbau, dem
- Rufbussystem, dem
- Senienticket (19 Mio.),
- 1000 Lehrerstellen,
- 20 Millionen Euro für den Klimaschutz,
- 17 Millionen für das Waldprogramm und
- 36 Millionen für Kultureinrichtungen wie den Theaterneubau in Rostock oder die Kulturmühle in Parchim.

Zudem steigen die Personalausgaben von derzeit 25 Prozent des Jahresetats auf nahezu 30 Prozent im Jahr 2026. Zugleich will Geue die Büroflächen in der Landesverwaltung durch Homeoffice um 30 Prozent senken.

Der Etatentwurf soll jetzt in den Landtag eingebracht werden. Bis zur Sommerpause will der Landtag den Doppelhaushalt beschließen. Bis dahin wirtschaftet das Land mit vorläufiger Haushaltsführung.

Was nun, Herr Selling? Krisengipfel zur Klimaschutzstiftung

Die Auflösung der umstrittenen Klimaschutzstiftung ist eines der brisantesten Themen in der MV-Landespolitik. Ein wichtiger Akteur schweigt deshalb lieber.

Schwerin. Die Direktheit von Erwin Selling kommt im ersten Augenblick ein wenig überfallartig, tut aber eigentlich in diesen Zeiten, in denen jedes Wort abgewogen und viel um den heißen Brei herumgeredet wird, durchaus auch gut. „Wenn ich gewusst hätte, dass Sie das sind, wäre ich gar nicht ans Telefon gegangen“, sagt der ehemalige Ministerpräsident und heutige Vorstandsvorsitzende der Klimaschutzstiftung an die Adresse des Nordkurier-Reporters.

Mit dieser etwas raubeinigen Reaktion auf die telefonische Anfrage, wie es denn aktuell um die Auflösung der Klimaschutzstiftung steht, ist das Gespräch mit dem SPD-Politiker auch schon fast beendet. Denn Selling biegt zum Schluss noch auf den Pfad der Diplomatie ein und bittet einfach um Verständnis, dass er derzeit aufgrund der hitzigen Diskussion selbige lieber doch nicht noch zusätzlich anheizen möchte. „Sobald es etwas Neues gibt, werden Sie natürlich informiert“, schiebt der Ex-Landesvater Mecklenburg-Vorpommerns hinterher.

Während Selling schweigt, sind andere auskunftsfreudiger – beispielsweise Sellings Parteifreund Patrick Dahlemann. Der Chef der Staatskanzlei verweist darauf, dass derzeit die Koordination für ein Gespräch in der nächsten Woche zwischen den Fraktionen des Landtags, der Landesregierung und dem Stiftungsvorstand laufe.

Früher sei ein Termin nicht möglich, bittet Dahlemann um Verständnis. Zur Erinnerung: Die Klimaschutzstiftung, mit deren Hilfe die US-Sanktionen gegen am Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 beteiligte Firmen juristisch trickreich umschifft worden waren, war durch ihre üppige Ausstattung mit russischem Gasgeld über die Grenzen Deutschlands hinweg in den Fokus der Kritik geraten. Als der politische Druck auf den Weiterbetrieb der Stiftung zu groß wurde, räumte die sich in einer Krebs-Rehabilitation befindliche Ministerpräsidentin das Thema höchst selbst ab und forderte die Auflösung der Stiftung. Selling reagierte auf die Ankündigung Schwesigs spontan mit einem Mix aus rechtlichen Bedenken, politischem Widerstand und Vorwürfen gegen die Opposition – jetzt aber hält er sich mit öffentlichen Aussagen zurück.

Die muss in naher Zukunft die Landesregierung treffen – es gibt offizielle Anfragen der CDU- und der grünen Fraktion, die „Licht ins Dunkel der intransparenten“ Klimaschutzstiftung bringen möchte. Und auch die FDP hat noch Gesprächsbedarf. „Sicherlich gibt es rechtliche Hürden bei der Auflösung der Stiftung. Aber diese Hürden sind aus dem Weg zu räumen – das Problem lösbar.“ So, wie es auch möglich war, die US-Sanktionen mit juristischen Spitzfindigkeiten zu umgehen.

Söder baut auf Kernkraft und auf neue Allianzen

Der Ministerpräsident betont in einer Regierungserklärung zum Ukraine-Krieg die Hilfsbereitschaft der Bayern, spricht aber auch von den Folgen für den Freistaat – gerade in der Energieversorgung. Die Opposition wirft ihm Versagen vor und kritisiert die Verflechtung der CSU mit Russland

München – In einer Regierungserklärung hat Ministerpräsident Markus Söder (CSU) am Dienstag die Hilfsbereitschaft des Freistaats für die Ukraine betont – und sich zugleich für die rasche Unterstützung von Privathaushalten und Wirtschaft in Bayern ausgesprochen, um die finanziellen Folgen des Krieges abzufedern. „Ja, es geht um die Ukraine. Aber es geht auch um die soziale Lage der Menschen bei uns“, sagte Söder. Kritik an Flüchtlingsversorgung und Energiepolitik in Bayern wies er zurück. Stattdessen nutzte Söder seine Erklärung im Landtag, um den Bund in die Pflicht zu nehmen. „Der Bund darf Länder und Kommunen nicht allein lassen“, sagte der Ministerpräsident mit Blick auf die Flüchtlingshilfe. Was die hohen Benzinpreise betrifft, erneuerte er unter anderem seine Forderung nach einer höheren Pendlerpauschale und niedrigeren Steuern auf Kraftstoffe.

Laut Söder waren bis zum Dienstag insgesamt 50 000 Geflüchtete aus der Ukraine in Bayern angekommen. Dass bei der Hilfe „nicht alles perfekt und nicht alles sofort“ funktioniere, sei ganz natürlich. Dennoch kündigte Söder einen Krisengipfel mit Landräten und Oberbürgermeistern an, um die weitere Organisation zu beraten. Die Konferenz soll an diesem Mittwoch stattfinden.

Mit Blick auf den hohen russischen Gasanteil im Freistaat, sagte Söder: „Dies waren nationale Entscheidungen.“ Zu behaupten, dass Bayern diese Abhängigkeit selbst produziert habe, sei „im schlechtesten Fall falsch und im besten Fall politisch fragwürdig.“ Um sich nun von Russland unabhängig zu machen, mache es jedoch „keinen Sinn, abzuschalten, was noch läuft“, sagte Söder – und erneuerte sein Plädoyer für einen Betrieb der noch laufenden deutschen Kernkraftwerke über 2022 hinaus. In Bayern, wo derzeit nur noch das Werk Isar 2 bei Landshut läuft, müsse zudem das Ende 2021 abgeschaltete Kraftwerk in Gundremmingen „wieder ans Netz“. Der Ministerpräsident beteuerte

seine Absicht, auch die erneuerbaren Energien in Bayern weiter anzuschieben, vor allem bei Photovoltaik, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie. Er kündigte zudem eine Reise „in die Golfregion“ an, um dort „für uns Reserven für erneuerbare Energien mit zu erschließen“. Deutschland müsse eine „Wasserstoffnation“ werden.

Bei der Windenergie hielt Söder auch am Dienstag an der 10-H-Regel fest, die hier den Ausbau blockiert. Demnach muss jedes Windrad zu den nächsten Wohnhäusern mindestens einen Abstand haben, der seiner zehnfachen Höhe entspricht. Zwar wiederholte Söder seine Ankündigung aus dem vergangenen Juli, den Bau von mindestens 500 neuen Windrädern zu ermöglichen, etwa in Staatswäldern oder in sogenannten Voranggebieten. Für den Moment brauche es allerdings „eine Brücke“, nämlich das „Laufenlassen der Kernkraft“.

Grünen-Fraktionschefin Katharina Schulze sagte, „Energiepolitik ist auch Sicherheitspolitik“, es zeige sich, „wie leichtfertig wir mit unserem fossilen Energiehunger ausländische Kriegskassen füllen“. Wenn man sich die Zahlen Bayerns anschau, so eben die Importe von Öl und Gas aus Russland, „muss man schon schlucken“. Doch „Wind und Sonne können nicht von Diktatoren vereinnahmt werden, Wind und Sonne gehören niemanden, sie sind für uns alle da.“ Und hierbei habe die Staatsregierung eindeutig nicht genug getan, Söders Ausführungen in der Regierungserklärung seien „etwas unterkomplex“ gewesen. Alleine schon bei der 10-H-Regel handle man „grob fahrlässig“. Dass nun Atomkraftwerke „als Allheilmittel verkauft werden“, wo deren Strom doch Gas nicht ansatzweise ersetzen könne, habe „mit seriöser Energiepolitik nichts zu tun“. Von Söder hätte sich Schulze „wenigstens ein kleines selbstkritisches Wort“ zur Verflechtung der CSU mit Russland gewünscht. Sie erinnerte an den Moskauer Staatsbesuch von Horst See-

hofer 2017. Auch sei es nicht lange her, dass Söder Außenministerin Annalena Baerbock wegen deren Kritik an der Gaspipeline Nord-Stream 2 „Naivität“ vorgeworfen habe.

AfD-Fraktionsvize Gerd Mannes sagte, die Krise lege „Defizite der Regierung schonungslos offen“, doch der Ministerpräsident „scheint heimlich unsere Anträge zu studieren“. So sei die AfD zum Beispiel stets für den „bewährten Strommix aus konventionellen Kraftwerken, Kernenergie und erneuerbaren Energien“ eingetreten oder habe für die Wehrpflicht plädiert, während die Wehrfähigkeit von der Union „regelrecht sabotiert“ worden sei. Söder hatte zuvor gefordert, das geplante 100-Milliarden-Euro-Paket für die Bundeswehr nicht zu zerreden. Und „vielleicht war die Abschaffung der Wehrpflicht ein großer Fehler“, sie habe auf jeden Fall zu Einsparungen geführt.

SPD-Fraktionschef Florian von Brunn warf Söder vor, in der Krisenzeit „keine Verantwortung für das große Ganze“ zu zeigen, sondern „partei politischen Eigen-

nutz“ und Opposition zu Berlin „um jeden Preis“. Zudem verfolge die Staatsregierung einen „energiepolitischen Irrweg“. Julika Sandt, Fraktionsvize der FDP, berichtete von Erfahrungen in den Anfangstagen der Fluchtbewegung am Münchner Hauptbahnhof: „Krisenmanagement sieht wirklich anders aus.“ Ihr fehle ein Krisenstab.

Am Vormittag hatte sich auch das Kabinett mit dem Thema beschäftigt. Bayern drängt den Bund auf eine umfassende Registrierung ankommender Flüchtlinge, „damit das alles nicht dem Zufall überlassen bleibt“, wie Staatskanzleichef Florian Herrmann (CSU) nach der Sitzung sagte. Die Registrierung durch die Bundespolizei an den Grenzen sei schon deshalb wichtig, weil sonst eine „vernünftige Verteilung“ auf die Bundesländer nicht funktioniere. Das und ein kluges Management gerade von Bundeseite mahnte in der Landtagsdebatte auch Fabian Mehring (Freie Wähler) an. Ansonsten drohe die „Welle der Hilfsbereitschaft“ womöglich abzuebben wie 2015 allmählich der Fall.